



VOLKSBLATT

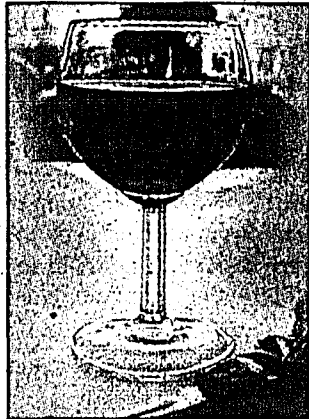
Mit amtlichen Publikationen • 124. Jahrgang, Nr. 197

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li
Internet: http://www.volksblatt.li

FREITAG

Zum Wohl ...



Auto-fahren und Alkohol trinken sollten Mann und Frau besser bleiben lassen. Dieser Meinung sind auch fast alle Teilnehmer der Volksblatt-Strassenumfrage. Sie wären dafür, den Blutalkoholgrenzwert von 0,8 auf 0,5 Promille zu senken. In der Schweiz steht diese Senkung momentan zur Debatte - zum Wohl der Bevölkerung. Seite 2

Mehr Arbeitslose in Liechtenstein

VADUZ: In Liechtenstein hat die Zahl der Arbeitslosen im Juli gegenüber dem Vormonat erneut zugenommen. Die Arbeitslosenquote nahm auf 1,3 Prozent zu. Die Zahl von 373 gemeldeten Arbeitslosen per Ende Juli ist um 84 Personen höher als noch vor einem Jahr. Gegenüber dem Vormonat waren 19 Personen mehr ohne Arbeit, wie das Amt für Volkswirtschaft gestern bekannt gab. Seite 2

Schweres Los für den FC Basel

FUSSBALL: Schweizer Meister FC Basel bekommt es in der Champions League mit Liverpool, Spartak Moskau und Valencia zu tun. Dies ergab die Auslosung gestern in Monaco. Seite 15

MP3 erobert die Diskotheken



ONLINE: In dieser Disko ist etwas anders. Die Platten drehen sich nicht, sondern sind fest und fassen zwei Mal zehn Gigabytes. DJ Ben Kirkendoll gehört zu der kleinen, aber wachsenden Schar von DJs, die ihre Musik als MP3-Dateien organisieren und abspielen. Inzwischen gibt es sogar schon spezielle MP3-Anlagen für Discjockeys. Seite 17

Ein Bündel von Massnahmen

Agrarpaket 2001 der Regierung im September-Landtag - Rasche Umsetzung beabsichtigt

Um die Wettbewerbsfähigkeit der liechtensteinischen Landwirte zu stützen, soll das von der Regierung ausgearbeitete Agrarpaket 2001 jetzt möglichst rasch umgesetzt werden. Der Landtag wird sich in der September-Sitzung mit den verschiedenen Gesetzesänderungen befassen, die Kosten von maximal 2,8 Mio. Franken pro Jahr verursachen.

Manfred Öhri

Unter dem «Agrarpaket des Fürstentums Liechtenstein 2001» ist ein Bündel von grösseren und kleineren Anpassungen von bestehenden Agrarergüssen zu verstehen. Im Rahmen einer breiten Vernehmlassung wurde das Agrarpaket grundsätzlich befürwortet.

Rasche Umsetzung

Laut Regierung ergeben sich die Motive für die einzelnen Änderungen aufgrund unterschiedlicher Überlegungen: Einerseits bestehe der Bedarf, heisst es im umfassenden Bericht an den Landtag, schweizerische Regelungen zu übernehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der liechtensteinischen Landwirtschaft im Vergleich zur Schweiz zu sichern. Andererseits gebe es aber auch Anpassungsbedarf aus verschiedenen landesinternen Gründen.

Ziel des Agrarpakets 2001 sei es, auf die verschiedenen An-



Zur Unterstützung der liechtensteinischen Landwirtschaft soll das Agrarpaket 2001 der Regierung möglichst rasch umgesetzt werden. (Bild: Wodicka)

liegen der Landwirte in Liechtenstein einzugehen und diese einer Lösung zuzuführen. Diese berechtigten Anliegen sind vor allem in drei Positionspapieren der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO) umschrieben, die der Regierung übergeben wurden. Nach ihrem Willen soll das im Agrarpaket enthaltene Programm jetzt möglichst rasch umgesetzt wer-

den, denn: «Die Landwirte sollen nicht länger über die zu erwartenden Massnahmen im Ungewissen bleiben.»

Neue Beitragsformen

Als wichtigste Änderungen im Direktzahlungsgesetz sind die Einführung von Anbauprämien, von Beiträgen für die Haltung von Raufutter verzehrenden Nutztieren und die

vorsorgliche Erhöhung der Direktzahlungsansätze vorgesehen. Im Abgeltungsgesetz sind als wesentlichste Änderungen die Einführung von Extensivbeiträgen für Getreide und Raps sowie die Erhöhung der Beiträge für die besonders tiergerechte Stallhaltung und den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien beabsichtigt. Beide Gesetzesvorlagen

bezwecken ausserdem die Beseitigung legislativer Unzulänglichkeiten.

Schliesslich sind im Rahmen des Agrarpakets 2001 auch kleine Anpassungen des Agrarwirtschaftsgesetzes, die Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers aus dem Jahre 1939, die Neudefinition des Begriffs des Betriebsleiters und Änderungen im Gesetz über die Förderung der Investitionen in der Landwirtschaft vorgesehen.

Maximal 2,8 Millionen

Gemäss den Angaben der Regierung dürften sich die finanziellen Auswirkungen des Agrarpakets 2001 insgesamt auf maximal 2,825 Mio. Franken pro Jahr belaufen. Diese Angabe in Form eines Maximums ergebe sich aufgrund der in den Gesetzen bestehenden Spannen der Beitragshöhen. Danach können sich im Bereich des Direktzahlungsgesetzes Mehrkosten von rund 2,405 Mio. Franken ergeben, beim Abgeltungsgesetz dürften sich die Mehrausgaben auf rund 270 000 Franken belaufen. Durch die Abänderungen des Agrarwirtschaftsgesetzes werden voraussichtlich Mehrkosten von ca. 150 000 Franken entstehen. Nach dem Vorschlag der Regierung sollen die Gesetze rückwirkend auf den 1. Januar 2002 in Kraft treten. Die zusätzlichen Aufwendungen, die sich durch das Agrarpaket ergeben, würden im Landesbudget 2002 bereits grösstenteils berücksichtigt.

Kritik an USA wächst

Weitere Vorbehalte gegen Irak-Politik

LONDON: Die internationale Kritik an den amerikanischen Kriegsdrohungen gegen Irak nimmt zu. Frankreich rief den USA am Donnerstag von einem Alleingang ab.

Der Staatssekretär im türkischen Aussenministerium Ugur Ziyal rief nach Gesprächen in Washington dazu auf, alle Konsequenzen zu bedenken. Der pakistanische Präsident Pervez Musharraf warnte Amerika davor, die ganze islamische Welt gegen sich aufzubringen. Es sei Sache des UN-Sicherheitsrats, über geeignete Massnahmen zu entscheiden, erklärte Staatspräsident Jacques Chirac. Frankreich setze auf ein System der kollektiven Sicherheit, das auf der Zusammenarbeit der Staaten, dem Respekt für das Recht und der Autorität des UN-Sicherheitsrats gründe. Wenn Bagdad sich weiterhin einer Rückkehr der UN-Waffeninspektoren ohne Vorbedingungen verweigere, müsse der Sicherheitsrat über das weitere

Vorgehen entscheiden. Die britische Regierung brachte ein Ultimatum an Bagdad für die Rückkehr von UN-Rüstungsinspektoren ins Gespräch, wollte sich aber nicht zu möglichen Sanktionsdrohungen im Falle der Nichtbefolgung äussern. Grossbritannien betonte die Notwendigkeit, die Irak-Frage im Bündnis zu diskutieren. Die Regierung von Premierminister Tony Blair stimmt mit Washington darin überein, dass Irak an der Entwicklung und am Besitz von Massenvernichtungswaffen gehindert werden müsse.

Skepsis zur sich zunehmend verhärtenden US-Haltung gegenüber Irak hatten zuvor schon Deutschland, China, Ägypten, Saudi-Arabien und Bahrain geäussert. Mit Deutschland, Frankreich und Grossbritannien haben die drei wichtigsten europäischen Verbündeten die Vereinigten Staaten dazu aufgefordert, nicht überstürzt zu handeln.

Seite 21

Vaduz mit viel Pech

Livingston FC und FC Vaduz trennen sich 0:0



Der FC Vaduz verpasste die zweite Teilnahme am UEFA Cup nach 1996 nur hauchdünn. Nach dem 1:1 im Hinspiel erreichten die Liechtensteiner in Livingston nur ein 0:0 und haderten danach mit dem kroatischen Schiedsrichter. In den Schlusssekunden gab Marius Zarn einen Verzweiflungsschuss Richtung gegnerisches Tor ab. Schiedsrichter Novak schaute gleichzeitig auf die Uhr und pfiff das Spiel ab, ehe der Ball im Netz landete. Die Proteste der Vaduzer fruchteten nicht mehr. Seite 13